
Inhalt

Vorwort zur 7. Auflage	5
Abkürzungen	13
1 Einführung	15
2 Alternativen zur Rechtlichen Betreuung – „Schon heute bestimmen, was später einmal geschehen soll“	17
2.1 Die tatsächliche Vorsorge durch vorausschauende Planungen und Verfügungen	17
2.2 Die rechtliche Vorsorge durch eine Vollmacht	20
2.2.1 Auswahl des Bevollmächtigten	21
2.2.2 Welche Angelegenheiten können einem Bevollmächtigten übertragen werden?	21
2.2.3 Verpflichtung und Kontrolle des Bevollmächtigten	23
2.2.4 Form und Wirksamkeit der Vollmacht	23
2.2.5 Einbindung eines Anwaltes	24
2.2.6 Besondere Konstellationen	25
2.2.6.1 Betreuungsfall Eltern	25
2.2.6.2 Betreuungsfall geistig behindertes Kind	25
2.2.7 Beispiel für eine Vollmacht zur Vorsorge	26
2.3 Die Betreuungsverfügung	30
2.3.1 Allgemeine Informationen	30
2.3.2 Beispiel für eine Betreuungsverfügung	31
2.4 Die Patientenverfügung und Sterbehilfe	32
2.4.1 Die gesetzlichen Regelungen	32
2.4.2 Inhalt der Patientenverfügung	34
2.4.3 Die rechtliche Kompetenz zur Bestimmung durch eine Patientenverfügung	36
2.4.4 Patientenverfügung in einfacher Sprache	37
2.4.5 „Sonderfall“ Psychiatrisches Testament	37
2.4.6 Patientenverfügungen im Zeitalter der personalisierten Medizin	38
2.4.7 Der Umgang mit Patientenverfügungen in Institutionen	39
2.4.8 Beispiel für eine Patientenverfügung	40
2.4.9 Kritische Anmerkungen	41
2.4.10 Auf dem Weg zur aktiven Sterbehilfe? Eine verbesserte Hospiz- und Palliativversorgung als Antwort!	43
2.4.11 Heutiges Medizinverständnis und Patientenverfügung	49
2.4.12 Das ethische Konsil und die ethische Fallbesprechung	50
2.5 Selbsthilfe	53
3 Die Einrichtung der Rechtlichen Betreuung	55
3.1 Grundsatz der Erforderlichkeit	55
3.1.1 Das Vorliegen von psychischer, seelischer oder geistiger Krankheit oder Behinderung	55
3.1.2 Körperliche Behinderungen	56
3.1.3 Die Einrichtung einer Rechtlichen Betreuung muss erforderlich sein	57

3.2	Die Einrichtung einer Rechtlichen Betreuung auf Antrag des Betroffenen oder auf Anregung von Dritten	58
3.2.1	Allgemeine Informationen	58
3.2.2	Die Einrichtung einer Rechtlichen Betreuung gegen den Willen des betroffenen Menschen	59
3.3	Das Gericht ermittelt oder die Suche nach Entscheidungshilfe	61
3.3.1	Verfahrenspfleger	62
3.3.2	Gutachten, ärztliches Attest, Beweise	63
3.3.2.1	Allgemeine Informationen	63
3.3.2.2	Beispiel für die Gliederung eines Gutachtens	66
3.3.3	Der Sozialbericht der Betreuungsstelle	68
3.3.3.1	Allgemeine Informationen	68
3.3.3.2	Beispiel für die Gliederung eines Sozialberichtes	69
3.3.4	Die Anhörung des betroffenen Menschen	71
3.3.5	Zwangsmaßnahmen zur Durchführung des Verfahrens	74
3.3.6	Verzicht auf die Anhörung des betroffenen Menschen	75
3.4	Die Suche nach einem Betreuer	76
3.5	Die besondere Bedeutung der Betreuungsvereine	78
3.6	Die Entscheidung des Gerichts	79
3.6.1	Bestimmung des Aufgabenkreises	79
3.6.2	Der Beschluss	82
3.7	Das Eilverfahren	84
3.8	Erweiterung des Aufgabenkreises	89
3.9	Was kann gegen eine Entscheidung des Gerichts getan werden (Rechtsmittel)?	90
3.10	Wirksamkeit der gerichtlichen Entscheidung	92
3.11	Verpflichtung zur gewissenhaften Führung der Rechtlichen Betreuung	93
3.12	Betreuerausweis	93
3.13	Einführungsgespräch	94
3.14	Rechtliche Betreuung ist Hilfe zur Führung eines selbstbestimmten Lebens	94
3.15	Besprechungspflicht/persönliche Betreuung	97
3.15.1	Allgemeines	97
3.15.2	Formen des Kontakts	98
3.15.2.1	Besuche	98
3.15.2.2	Treffen an neutralem Ort	99
3.15.2.3	Besuch des betreuten Menschen beim Betreuer	99
3.15.2.4	Telefonat	99
3.15.2.5	Schriftliche Kontakte	100
3.15.2.6	Indirekte Kontakte	100
3.15.3	Häufigkeit der Kontakte	102
3.16	Rehabilitation	104
3.17	Pflicht zur Mitteilung gegenüber dem Gericht	104
3.18	Methodische Grundlagen	106
3.18.1	Menschenbild	107
3.18.2	Der Auftrag des Betreuers	107
3.18.3	Unterstützung vor Vertretung	108
3.18.4	Die Chemie muss stimmen	111
3.18.5	Die Fähigkeit zur Selbsterkenntnis	114

4	Betreuungsplanung	116
4.1	Unterschiede zum Hilfeplan gem. § 36 SGB VIII	116
4.2	Transparente Betreuung	118
4.3	Qualitätssicherung	119
4.4	Verteilung der Verantwortung	119
4.5	Einbeziehung des Gerichts in die Abgrenzungsdiskussion	120
4.6	Dokumentation der Betreuungsplanung	120
4.7	Grenzen der dokumentierten Betreuungsplanung	120
4.8	Entwicklung von Standards bei der Betreuungsplanung	121
4.9	Welche Inhalte kann und sollte der Betreuungsplan haben?	121
4.9.1	Persönlicher Kontakt: Fachlich fundierter Unterstützungsprozess auf Augenhöhe?	122
4.9.2	Beschreibung des Sachverhaltes	122
4.9.3	Wie weit ist der betreute Mensch in der Lage, frei und selbstbestimmt zu handeln?	122
4.9.4	Welche Maßnahmen und andere Hilfen können genutzt werden, um die selbstbestimmte Entscheidung und Handlung zu ermöglichen?	123
4.9.5	Was ist der Wille des betreuten Menschen?	124
4.9.6	Welches ist das subjektiv verstandene Wohl des betreuten Menschen?	124
4.9.7	Zum Vorrang der Wünsche des betreuten Menschen vor seinem objektivem Wohl	125
4.9.8	Entscheidung und Zielsetzung sowie deren Umsetzung	126
4.9.9	Welche Auswirkungen sind zu erwarten?	127
4.9.10	Zeitlicher Ablauf	127
4.10	Muster für die Gliederung des Betreuungsplans	128
5	Beispiele aus den Aufgabenkreisen	129
5.1	Aufgabenkreis Gesundheitsfürsorge, Untersuchung, Heilbehandlung, ärztlicher Eingriff	129
5.1.1	Rollenverteilung Betreuer, Arzt, Betreuer	130
5.1.2	Informationsfluss/Ärztliche Schweigepflicht/Datenschutz	131
5.1.3	Leitfaden für das Gespräch zwischen Arzt, dem betreuten Menschen und dem Betreuer – Behandlungsplan	132
5.1.4	Ist die Einwilligung in die Heilbehandlung durch den betreuten Menschen oder den Betreuer zu erteilen?	134
5.1.5	Richterliche Genehmigung	137
5.1.6	Eile ist geboten	140
5.1.7	Die Einwilligung des Betreuers in die Zwangsbehandlung	141
5.1.7.1	Zwang und Zwangsmittel	142
5.1.7.2	Der freie Wille und gleichrangige Erklärungen	142
5.1.7.3	Vorrang der Patientenverfügung	143
5.1.7.4	Vorrang des mutmaßlichen Willens	143
5.1.7.5	Einvernehmliches Zusammenwirken vorrangig	143
5.1.7.6	Fehlende Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	145
5.1.7.7	Zwangsbehandlung zum Wohl des Betreuten	145
5.1.7.8	Zwangsbehandlung als letztes Mittel	145
5.1.7.9	Der Nutzen muss das Risiko deutlich überwiegen	145
5.1.7.10	Formulierung des Antrags	146

5.2	Aufenthaltsbestimmung	148
5.2.1	Wechsel der Wohnform im Alter	149
5.2.1.1	Eigener Wohnraum	150
5.2.1.2	Die Mehrgenerationenfamilie	154
5.2.1.3	Betreutes Wohnen	155
5.2.1.4	Organisierte und nichtorganisierte Wohngemeinschaften	156
5.2.1.5	Alten- und Pflegeheim	156
5.2.1.5.1	Vor- und Nachteile	156
5.2.1.5.2	Wünsche des betreuten Menschen	158
5.2.1.5.3	Auswahl eines Heimplatzes	159
5.2.1.5.4	Eilige Heimaufnahmen	161
5.2.2	Freiheitseinschränkende Unterbringung durch den Betreuer	162
5.2.2.1	Wann ist die Einwilligung oder Anordnung des Betreuers in eine freiheitseinschränkende Maßnahme gerechtfertigt?	164
5.2.2.2	Verfahren	165
5.2.2.3	Durchführung	168
5.3	Wohnungsangelegenheiten	169
5.3.1	Der richtige Aufgabenkreis	169
5.3.2	Was ist alles zu regeln?	169
5.3.3	Drohender Verlust des Wohnraums	170
5.3.4	Auflösung der Wohnung	171
5.3.5	Gerichtliche Genehmigung	171
5.3.6	Durchführung der Wohnungsauflösung	171
5.4	Die Verhinderung strafbarer und/oder sonst störender Handlungen	173
5.5	Vermögenssorge	174
5.5.1	Bin ich jetzt entmündigt?	174
5.5.2	Rechtliche Betreuung und Geschäftsfähigkeit	175
5.5.2.1	Allgemeines	175
5.5.2.2	Geschäfte des täglichen Lebens	177
5.5.3	Einwilligungsvorbehalt	178
5.5.4	Das Prinzip der Erforderlichkeit gilt auch bei der Vermögenssorge	179
5.5.5	Ermittlung und Sicherung des Vermögens	181
5.5.6	Checkliste zur Verwaltung des Vermögens	182
5.5.7	Vermögensverzeichnis und Rechnungslegung	185
5.5.8	Genehmigung durch das Gericht im Rahmen der Vermögenssorge	186
5.5.8.1	Welche Geschäfte unterliegen der Pflicht zur Genehmigung?	186
5.5.8.2	Befreiung von der Pflicht zur Genehmigung	187
5.5.8.3	Ausnahmebestimmungen für Verwandte, Behörden und Vereine	188
5.5.8.4	Wirksamkeit von Rechtsgeschäften, die ohne Genehmigung abgeschlossen worden sind	188
5.6	Vertreter im Verwaltungsverfahren	188
6	Vertiefende Gedanken zur Gesprächsführung	191
6.1	Psychische, geistige und seelische Krankheiten oder Behinderungen schließen ein sinnvolles Gespräch nicht aus, sondern erfordern besonderes Einfühlungsvermögen	191
6.2	Grundlagen der Gesprächsführung	193

6.2.1	Modellvorstellung menschlicher Kommunikation frei nach Friedemann Schulz von Thun	193
6.2.2	Die Grundhaltung	195
6.2.2.1	Die Kraft zur Bewältigung der eigenen Angelegenheiten kommt aus dem betroffenen Menschen selbst	195
6.2.2.2	Akzeptanz (vorbehaltloses Wahrnehmen und Respektieren des betroffenen Menschen)	196
6.2.2.3	Empathie (emotionales Zugewandtsein, einführendes Verstehen)	196
6.2.2.4	Echtheit	196
6.3	Die Verbindung von Theorie und Gesetz	197
6.3.1	Die Auswirkungen rechtlicher Normen auf das Gespräch mit den betroffenen Menschen	197
6.3.1.1	Die Rollenverteilung	197
6.3.1.2	Inhaltliche Vorgaben?	198
6.3.1.3	Lösungsstrategien	198
6.3.1.4	Spielraum für Entscheidungen	198
6.4	Hilfreiches zur Kommunikation	199
6.4.1	Vorbereitung auf das Gespräch	199
6.4.1.1	Persönliche und inhaltliche Vorbereitung	199
6.4.1.2	Das Herstellen einer unterstützenden Umgebung	200
6.4.2	Die Betonung von „Hier“ und „Jetzt“	200
6.4.3	Erkennen der kognitiven Fähigkeiten	201
6.4.4	Erweitern der kognitiven Fähigkeiten	201
6.4.5	Das Verstandene reflektieren	201
6.4.6	Entwicklung der Strategie zur Problembewältigung	201
6.5	Ein Appell	202
6.6	Überredung ist kein Mittel zur Förderung selbstbestimmten Handelns	202
7	Aktenführung	203
8	Datenschutz	204
8.1	Überblick	204
8.2	Checkliste	206
9	Haftung des Rechtlichen Betreuers	209
9.1	Haftung gegenüber dem betreuten Menschen	209
9.2	Haftung gegenüber Dritten	212
9.2.1	Aufsichtspflicht	212
9.2.2	Haftung für Handlungen außerhalb des Aufgabenkreises oder nach Ende der Rechtlichen Betreuung	213
9.3	Wie kann das Risiko der persönlichen Haftung gemindert werden?	213
10	Vertretung für den Rechtlichen Betreuer	215
11	Ende der Rechtlichen Betreuung	216
11.1	Wechsel des Rechtlichen Betreuers	216
11.2	Die Rechtliche Betreuung ist nicht mehr erforderlich	217
11.3	Tod des betreuten Menschen	218

12	Kosten	220
12.1	Kosten des Gerichtsverfahrens	220
12.2	Was kostet der Rechtliche Betreuer?	220
12.3	Wer bezahlt die Kosten des Rechtlichen Betreuers und des Verfahrenspflegers?	223
12.3.1	Grenze für den Einsatz des Einkommens nach dem Sozialhilferecht	223
12.3.2	Grenze für den Einsatz des Vermögens	224
Anhang – Übersicht		227
1.	Arbeitshilfen und Formulare	231
1.1	Arbeitshilfen und Formulare für das gerichtliche Betreuungsverfahren	231
1.2	Arbeitshilfen und Formulare im allgemeinen Rechtsverkehr	274
2.	Rechtsvorschriften	277
2.1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	277
2.2	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	277
2.3	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG)	308
2.4	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	312
2.5	Rechtspflegergesetz (RPflG)	330
2.6	Bundesnotarordnung	332
2.7	Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung – VRegV)	333
2.8	Vorsorgeregister-Gebührensatzung – VRegGebS	335
2.9	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe –	338
2.10	Verordnung zur Durchführung des § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	351
2.11	Verordnung zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	355
2.12	Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger (Betreuungsbehördengesetz – BtBG)	356
Literatur		359
Stichwörter		363